



Nr. 433 | 06.03.2023

Russland-Analysen

- **Repression und stiller Protest**
- **Die Botschaft des Präsidenten**

| | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| »Nein zum Karpfen«: Stiller Protest im heutigen Russland | | 2 |
| Vera Dubina (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Humboldt-Universität zu Berlin) und Alexandra Arkhipova (Laboratoire d'Anthropologie Sociale, Paris) | | |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| Repressionen wegen Antikriegs-Akten in Russland seit 2022 | | 7 |
| ■ DEKODER | | |
| Die Schrecken des Kreml | | 9 |
| Maxim Trudoljubow (Meduza) | | |
| <hr/> | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Ein langer Krieg und die »Alleinschuld des Westens« | | |
| Präsident Putins Botschaft an die Föderalversammlung am 23. Februar 2023 | | 13 |
| Hans-Henning Schröder (Bremen) | | |

»Nein zum Karpfen«: Stiller Protest im heutigen Russland

Vera Dubina (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Humboldt-Universität zu Berlin) und Alexandra Arkhipova (Laboratoire d'Anthropologie Sociale, Paris)

DOI: 10.31205/RA.433.01

Zusammenfassung

Die russische Gesellschaft von heute lehnt den Einmarsch in die Ukraine nicht sichtbar ab. Es gibt weder Barrikaden noch Massenproteste auf den Straßen, selbst die Teilmobilmachung hat nicht zu einer offenen Konfrontation zwischen der Bevölkerung und den Behörden geführt. Trotz mehrerer aktiver Auswanderungswellen aus Russland schweigt die Mehrheit, wenn man den Umfragen der Soziologen des russischen Lewada-Zentrums Glauben schenken darf. Aber bedeutet dieses Schweigen auch Zustimmung und Unterstützung für den Krieg? In diesem Beitrag untersuchen wir die verschiedenen Formen des Protests, an denen sich die Russen beteiligen, wobei wir uns auf die weniger sichtbaren, »stillen« (und daher näher zu betrachtenden) Formen des Widerstands gegen das Regime konzentrieren. Dabei handelt es sich um kleine Akte des Dissenses, die im Allgemeinen individuell, spontan und unbewaffnet sind und in Räumen der alltäglichen Sozialisation stattfinden. Auch wenn es sich dabei nur um Worte oder Symbole handelt, sind sie nicht unbedeutend, da sie die Uneinigkeit mit den Machthabern demonstrieren.

Einleitung

In der heutigen russischen Gesellschaft gibt es keinen sichtbaren Widerstand gegen die Invasion in die Ukraine. Es sind keine Massenproteste zu erkennen; die einfachen Bürger scheinen sich nicht zu wehren, obwohl sie seit September 2022 möglicherweise in die Armee eingezogen werden könnten, wo sie töten werden müssen und möglicherweise selbst getötet werden. Glaubt man den Meinungsumfragen der Soziologen des russischen Lewada-Zentrums, so verfolgt nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Entwicklungen in der Ukraine aufmerksam. Lässt sich die Passivität der Bevölkerung allein mit der Angst vor einem diktatorischen Regime und der jahrelangen Repression gegen alle Andersdenkenden erklären? Und bedeutet das Schweigen der Mehrheit, dass die russische Gesellschaft den Krieg unterstützt?

Die Unterdrückung von Protesten in Russland und ihr Gesetzeskontext

Es ist bekannt, dass im heutigen Russland Protest nicht nur per Gesetz verboten ist, sondern auch eine Gefahr für die persönliche Sicherheit und sogar für das eigene Leben darstellt. Diesen Gesetzeskontext sollte man sich immer vor Augen führen, wenn man Akte des Protests untersucht. Das russische Zivilgesetzbuch verbietet alle Versammlungen an öffentlichen Orten ohne die ausdrückliche Erlaubnis der örtlichen Behörden. Die Definitionen eines öffentlichen Ortes und einer Versammlung sind absichtlich vage gehalten: So kann ein Treffen von zwei Personen an einer Bushaltestelle eine Versammlung darstellen. Eine Genehmigung für eine Oppositionskundgebung zu erhalten, war schon immer eine

Herausforderung, aber seit 2018 ist es praktisch unmöglich. Daher wird seit etwa zehn Jahren der Protest gegen jede Entscheidung der Behörden in Form von Einzelprotesten durchgeführt, für die keine besondere Genehmigung erforderlich ist. Doch seit dem Ausbruch des Krieges kann selbst eine Einzelaktion nach dem sogenannten Fake News-Gesetz mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden. Der im März 2022 verabschiedete Artikel 207.3 des Strafgesetzbuchs sieht eine Strafe von bis zu 15 Jahren Haft vor für die »öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation [und oder] die Ausübung ihrer Befugnisse durch staatliche Organe der Russischen Föderation«. Kleinste, unbedeutend scheinende Akte des Protests stehen sehr hohen harten Strafen gegenüber und das Risiko solch hoher Strafen ist den Protestierenden oft bekannt.

Obwohl russische Proteste friedlicher ablaufen als lokale Diskothekabende, werden sie mit besonders demonstrativer Brutalität vom Sonderkommando – der OMON (Mobile Einheit besonderer Bestimmung) und der »Rosgardija« (Nationalgarde der Russischen Föderation) unterdrückt. So wurden z. B. bei politischen Protesten Menschen Arme und Beine gebrochen, sie wurden an den Haaren über den Boden in Polizeiautos gezerrt usw. Auf den Polizeistationen selbst sind sie oft Schikanen und sogar Folter ausgesetzt. Und in den letzten zehn Jahren hat sich die Kluft zwischen der Gewalt der Spezialeinheiten und der nachdrücklichen Gewaltlosigkeit der Proteste noch vergrößert. Sobald eine Person mit einem Transparent zu einer friedlichen Demonstration kommt, wird sie von fünf oder mehr schwer bewaffneten Polizisten umzingelt; es wäre

seltensam, wenn ein Demonstrant erwarten würde, mit Gewalt zu gewinnen.

Am 24. Februar 2022 als viele Menschen versuchten, gegen den Beginn des Krieges zu protestieren, sah eine der Autorinnen dieses Textes, wie kleine Schulmädchen in Moskau solchen Sicherheitskräften ins Gesicht schrien, die in kugelsichere Schutzanzüge und Helme gekleidet waren, die sie eher wie Astronauten als wie Menschen aussehen ließen: »Wir protestieren gegen den Krieg, damit ihr nicht in die Ukraine geschickt werdet.« Dieser friedliche Protest hätte Erfolg haben können, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, dass sich die Polizei und Soldaten auf die Seite der Demonstranten gestellt hätten. Laut Mischa Gabowitsch, einem Protestforscher, gab es diese Möglichkeit nicht. Seit den groß angelegten Protesten gegen den Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen 2011, die in mehr als 100 russischen Städten stattfanden, haben die Behörden aktiv daran gearbeitet, die Gesellschaft von den paramilitärischen Kräften zu separieren. Gabowitsch schreibt: »So sind die Demonstranten mit einem System konfrontiert, in dem sich die Sicherheitskräfte aus den am meisten gewaltbereiten Teilen der Gesellschaft rekrutieren, den Protestierenden meist fremd gegenüberstehen und vor allem durch materielle Entlohnung an das politische Regime gebunden sind.«

Daher waren die russischen Proteste in den letzten Jahrzehnten einsam und friedlich; sie bestanden aus Reden einzelner Bürger. In Russland gibt es aktuell keinen politischen Oppositionsführer auf freiem Fuß, es gibt keine unabhängige Presse und keine unabhängigen politischen Parteien, es gibt keine unabhängigen Gerichte, und das Parlament führt fast direkt die »Befehle« der Exekutive aus. Auch ausländische soziale Medien sind seit Beginn des Krieges verboten. Facebook und Instagram wurden in Russland zu »extremistischen Organisationen« erklärt, und eine »private« Meinungsäußerung im Internet kann mit bis zu neun Jahren Gefängnis bestraft werden, – eine Haftstrafe, die der ehemalige Stadtverordnete Jaschin kürzlich erhielt, weil er ein Video über Massentötungen durch russische Soldaten in Butscha auf YouTube eingestellt hatte.

Verborgene Akte des Dissenses statt politischer Protest auf der Straße

In einem diktatorischen Regime wie dem heutigen Russland, in dem ein offener Akt des Dissenses mit einem sehr hohen Risiko verbunden ist, ist das subversive Potenzial kleiner, alltäglicher Praktiken unter der Bevölkerung größer als in demokratischen Regimen. Solche alltäglichen Akte des Dissenses sind weniger sichtbar und können die Form von Gerüchten oder Plaudereien sowie von Liedern, Witzen, Beleidigungen und Lästereien mit politischem Inhalt annehmen. Der Anthro-

pologe James C. Scott hat diese Formen des Protests als »Waffen der Schwachen« bezeichnet. Mehr noch als Witze haben Lästereien und Beleidigungen eine kritische Funktion und sind eine Art Barometer für die politische Befindlichkeit der Gemeinschaft. Das russische Regime ist besorgt über diese alltäglichen Äußerungen der Feindseligkeit, die es aufspürt und rigoros bestraft – so wie es auch in anderen Diktaturen, z. B. unter Stalin, geschah.

Nachdem diese »alltäglichen Formen des Widerstands« von James C. Scott theoretisiert wurden, haben sie je nach den jeweils betonten Aspekten unterschiedliche Bezeichnungen erhalten, darunter »gewaltlos«, »unbewaffnet«, »friedlich« und »passiv«. Zahlreiche Studien haben bereits die Fähigkeit der »einfachen Leute« aufgezeigt, sich den Bedingungen ihrer Existenz und den Machtstrukturen anzupassen und ihnen zu widerstehen. Alf Lüdtke, der dieses Phänomen für die Zeit des Nationalsozialismus untersuchte, nannte diese Art, sich den von der Obrigkeit auferlegten Alltagsroutinen zu entziehen, »Eigen-Sinn«. Der *Eigen-Sinn* verschafft den Menschen einen größeren Handlungsspielraum, da sie sich trotz des Bestrebens der Obrigkeit, alle Lebensbereiche zu kontrollieren, den Erwartungen oder Zumutungen der Machthaber (vorübergehend) entziehen können.

Wenn öffentliche Äußerungen mit solchen Folgen für Leben und Gesundheit einhergehen, wie wir sie im heutigen Russland erleben, wird der Wunsch, sich zu äußern, stark reduziert. Seit dem Ausbruch des Krieges haben wir jedoch eine andere Art der Meinungsäußerung erlebt, die Umberto Eco als »semiologischen Guerillakrieg« bezeichnet. Diese »semiologischen Partisanen« schreiben direkte Anti-Kriegs-Botschaften auf Zäune und Mauern und hinterlassen verschlüsselte Botschaften mit der Forderung »Kein Krieg« in sozialen Netzwerken und anderen öffentlichen Räumen. Mit anderen Worten: Sie stören das Narrativ der Behörden. Nicht der direkte Dissens, sondern die kodierte Sprache ist zur neuen »Waffe der Schwachen« geworden.

Neben den seltenen Fällen von direktem Protest – einzelne Mahnwachen mit Antikriegsplakaten – sind die häufigsten Formen der Ablehnung Graffiti mit verschlüsselten Antikriegsbotschaften (siehe Bild 1 unten) und die Umgehung der Forderungen der Behörden. Dieses *eigensinnige* Verhalten ist anonym und für Außenstehende oft völlig unsichtbar: Selbst das Tragen von Unterwäsche in den Farben der ukrainischen Flagge ist ein individueller politischer Protest.

Über solche Einzelaktionen wird in den westlichen Medien nur selten berichtet, außer in russischer Sprache. Solche Aktionen gelten nicht als politischer Protest, sondern, wie der russische Dienst der BBC die Geschichte von Aleksandra Skotschilenko betitelte, als »kleine Tat eines normalen Menschen«. Um sie als politi-

schen Protest zu betrachten, müssen wir unseren Begriff von »Politik« erweitern, ihn über politische Parteien und politische Institutionen hinaus ausdehnen und mit den unzähligen mikrosozialen Interaktionen verbinden, die im Alltag der Menschen stattfinden.

Beispiele für den »stillen« Antikriegsprotest in Russland

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine herrscht in den sozialen Medien und auf den Straßen in Russland der so genannte sanfte oder stille Widerstand. Es scheint, dass ein erstaunlicher Erfinderreichtum und Kreativität von weit mehr Menschen zum Ausdruck gebracht werden als vor dem Krieg. Die Behörden haben die Bezeichnung des Krieges als »Krieg« unter Androhung von Strafverfolgung nach dem Fake News-Paragrafen des Verwaltungs- und Strafgesetzbuchs verboten. Das hat zu kreativem Ersatz für das Wort »Krieg« geführt, der für jeden so verständlich ist wie das Wort selbst. Das schließt das Ersetzen von Wörtern durch Punkte wie etwa drei neben fünf Punkten (... ..) ein, um »net woine« (»Nein zum Krieg«) auszudrücken. Solche kreativen Codes haben seit Februar 2022 nicht nachgelassen, sondern vielmehr immer wieder neue Formen angenommen, nachdem sie von den Strafverfolgungsbehörden entschlüsselt wurden.

Das Wort »wobla«, ein Fisch der Karpfenfamilie, der im Deutschen als Kaspische Plötze bekannt ist, war ein solches Substitut. In einem Fall schrieb eine junge Frau in Tjumen »net w***e« und konnte vor Gericht beweisen, dass sie »net wobla« gemeint hatte, weil sie diesen Fisch nicht mochte. Das Wort »wobla« statt »woina«, also »Karpfen« statt »Krieg«, wurde zu einem sehr beliebten Meme in den sozialen Medien. Der Fall wurde vielleicht wegen seiner Popularität neu aufgerollt: Im Dezember 2022 beschloss das Gericht, die Frau wegen Diskreditierung der russischen Armee anzuklagen. Bald tauchten überall auf den Straßen Bilder von Fischen auf und wurden zum beliebtesten versteckten Symbol des russischen Antikriegsprotestes (siehe Bild 1 unten).

Einige Möglichkeiten, sich zu äußern, scheinen zunächst relativ sicher zu sein, werden aber auch von den Behörden aktiv verfolgt. So wurde Aleksandra Skotschilenko, die im März 2022 Preisschilder in einem Supermarkt durch Informationen über die Opferzahlen unter der Bevölkerung in Mariupol ersetzte, im April 2022 auf der Grundlage des Fake News-Paragrafen des Strafgesetzbuchs verhaftet und befindet sich noch immer in Untersuchungshaft. Dies ist eine bewährte Methode der Strafverfolgung: Prozesse werden verschoben, Personen in Gewahrsam gehalten, ihnen wird der Zugang zu ihren Anwälten verweigert, notwendige Medikamente oder medizinische Hilfe wird verwehrt. Skotschilenkos nächster Prozess war für den 20. Januar 2023 ange-

Bild 1: Aufkleber »Nein zum Karpfen« (»нет воBLE« – »net wobla«)

Die Wörter »Wobla«, ein Fisch der Karpfenfamilie, und »Krieg« unterscheiden sich im Russischen nur durch zwei Buchstaben in der Mitte des Wortes, wodurch der Code als Ersatz für das Wort Krieg einfach gelesen und verstanden werden kann.

19. November 2022, Soldat-Korsun-Straße, St. Petersburg



setzt, wurde allerdings vertagt und sie bleibt weiterhin im Gefängnis.

Neben Skotschilenko wurden bis Mai 2022 elf weitere Personen wegen ähnlicher Aktionen inhaftiert. Der Vorwurf lautet: Ersetzen von Preisschildern in Geschäften durch Protestflugblätter gegen den Krieg. Wir haben eine Datenbank von Gerichtsverfahren zusammengestellt, in denen Menschen wegen der Verbreitung von Inhalten zur »Verleumdungen der russischen Streitkräfte« – mit anderen Worten wegen Antikriegsbotschaften – inhaftiert wurden. Uns sind über 4.300 Verwaltungs- und 162 Strafverfahren dieser Art bekannt.

Ebenso kreativ ist ein Plakat über einen vermissenden Hund, mit einem Foto des Hundes und dem üblichen fettgedruckten Text, während das Plakat in Wirklichkeit ein Aufruf ist, zu einer Protestveranstaltung zu kommen (siehe Bild 2 unten). Künstlerische Protestpraktiken finden auch in anonymen Kunstwerken an Wänden und Zäunen ihren Platz. So wurde beispielsweise ein Bild mit drei und fünf Ballerinen anstelle der Botschaft »Nein zum Krieg« – eine Anspielung auf

Bild 2: Plakat

»Hund vermisst

Er ist weggelaufen, als Russland am 24. Februar in die Ukraine einmarschierte. Sein Name ist Zukunft.

Ihre Kinder werden keine Zukunft haben, wenn Sie sich nicht sofort gegen den Krieg aussprechen. Tausenden von ukrainischen Kindern wurde ihre Zukunft bereits genommen.

Setzen Sie sich für den Abzug der Truppen aus der Ukraine ein und/oder kämpfen Sie für die Zukunft.

6. März um 15:00 Uhr

Belohnung

Bitte machen Sie ein Foto und verbreiten Sie diese Ankündigung.«

März 2022, St. Petersburg



Tschaikowskis Schwanensee – von einer unbekanntenen Person aufgegriffen und aktiv in den sozialen Medien verbreitet (siehe Bild 3 unten). In der Sowjetunion war das Ballett Schwanensee ein Symbol für den Tod eines sowjetischen Führers: An Trauertagen ersetzte es alle anderen Fernsehprogramme. Während des versuchten Staatsstreichs 1991 wurde es wiederholt im Fernsehen

Bild 3: Plakat

Drei und fünf Ballerinen anstelle der Buchstaben für »Kein Krieg« im Russischen.

März 2022, St. Petersburg



anstelle der Nachrichten gezeigt. Diese Referenz wird von allen, die in der Sowjetunion gelebt haben, verstanden und wurde auch bei den Protesten 2020 in Belarus verwendet.

Jedes Mal, wenn die Behörden beginnen, eine dieser kreativen Protestformen zu verfolgen, taucht eine andere auf. Informationen über verschiedene Möglichkeiten, den Widerstand gegen den Krieg zum Ausdruck zu bringen, werden über Telegram-Kanäle und Social-Media-Gruppen verbreitet, auf die die meisten Internetnutzer in Russland inzwischen über VPNs zugreifen. Auf diese Weise bezieht der »stille« Protest auch Menschen mit ein, die sonst nicht auf die Idee gekommen wären, sich auf diese Weise zu äußern. Die bereits erwähnte Aleksandra Skotschilenko hörte beispielsweise von einer Freundin, dass sie auf dem Telegram-Kanal »Feministischer Antikriegs-Widerstand« über das Ersetzen von Preisschildern in Geschäften gelesen hatte und holte sich von dort sogar ein speziell von einer Designerin entworfenes Muster-Preisschild zum Ausdrucken.

Zu den Vorteilen symbolischer Widerstandsbelegungen als Ausdruck von Unzufriedenheit gehört ihr größeres Potenzial, Sympathien bei anderen Mitgliedern der Gemeinschaft zu gewinnen, zumal sie keine physische Gewalt beinhalten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verwendung von Orwells Roman »1984« als Symbol des Protests. Die Menschen stellen einen Roman auf den Kassentresen eines Cafés oder in das Schaufenster ihres Geschäfts als Zeichen dafür, dass »unsere Leute« hier sind«. In der Stadt Iwanowo wurde im April 2022 ein Mann verhaftet, der Exemplare von Orwells Roman an Passanten verteilte. Er erhielt eine Geldstrafe. Dennoch hat die Popularität von Hinweisen auf den Roman auf Protestplakaten auf

der Straße oder in sozialen Netzwerken nicht abgenommen. Laut unserer Antikriegsproteste-Datenbank gibt es mindestens 18 Gerichtsverfahren gegen Personen, die wegen der Verwendung von Plakaten mit Orwell-Bezug bestraft wurden. Der Bezug auf Orwell hat sogar so stark zugenommen, dass selbst die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, es für nötig hielt, zu erklären, dass Russland nicht mit Orwells Roman verglichen werden kann, da er nicht über Russland geschrieben hat.

In Telegram-Kanälen tauschen sich Menschen aktiv darüber aus, wie sie sich dem Vorgehen der Behörden entziehen und sich nicht mitschuldig machen können. Das reicht von der Suche nach legalen Möglichkeiten, Kinder nicht in den »Patriotismusunterricht« zu schicken, etwa indem sie zu Hause unterrichtet werden oder unter verschiedenen Vorwänden keine patriotischen Aufgaben erledigen können, bis hin zu verschiedenen kleinen und äußerlich fast unauffälligen Aktionen. So teilten einige Menschen in sozialen Netzwerken mit, dass sie nicht in Verkehrsmittel mit militärischen Symbolen (Z oder V) einsteigen, das Wort »Russland« absichtlich falsch mit einem kleinen Anfangsbuchstaben schreiben oder einfach versuchen, nicht auf die Straße zu gehen, um die ganze Propaganda nicht zu sehen.

Über die Autorinnen:

Dr. *Vera Dubina* ist Historikerin und eine der Begründerinnen des Public History-Ansatzes in Russland. Zurzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Osteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin (2022 – 2023). Außerdem ist sie Gastwissenschaftlerin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Dr. *Alexandra Arkhipova* ist Folkloristin und Sozialanthropologin, die derzeit Gastwissenschaftlerin am Laboratorium für Sozialanthropologie EHESS, Paris, ist (2022 – 2023). Sie ist eine führende Expertin für politische Witze, Gerüchte und Legenden sowie für die Anthropologie des Protests.

Lesetipps:

- Lüdtke, Alf (2015): *Eigen-Sinn, Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Verlag: Westfälisches Dampfboot.
- Gabowitsch, Mischa (2012): *Gewalt und Gewaltfreiheit in der Bewegung für faire Wahlen in Russland*. In: *Mittelweg* 36, Bd. 21 (2012), 4, S.68–75.
- Scott, James C. (1985): *Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance*. Yale University Press.
- *Russian Analytical Digest* 291 (2023): *Hidden Resistance to the Russian-Ukrainian War Inside Russia*, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD291.pdf>.

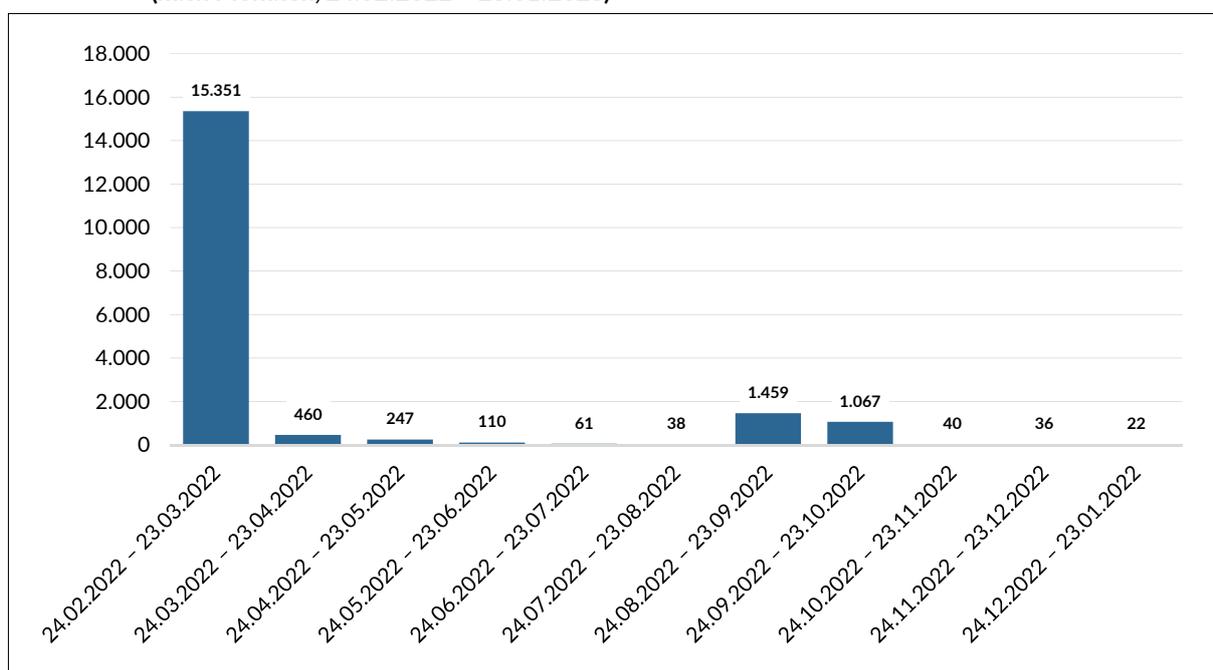
Fazit

Der »stille« Protest bezieht sich auf kleine Akte des Dissenses, die im Allgemeinen individuell, spontan und unbewaffnet sind und in Räumen der alltäglichen Sozialisation stattfinden. Auch wenn es sich dabei nur um Worte oder Symbole handelt, sind sie nicht unbedeutend, da sie die Uneinigkeit mit den Machthabern demonstrieren. Diese Art von Protest ist eine Möglichkeit für Menschen ihre Meinung zu äußern, die Angst haben, offen mit den Behörden in Konflikt zu geraten, die nicht bereit sind, für ihre Meinung ins Gefängnis zu gehen oder verprügelt zu werden. Dank der sozialen Netzwerke bilden diese Menschen Gemeinschaften von Gleichgesinnten, und die Aktivisten der Telegrammkanäle bieten ständig neue, kreative Formen des Protests an und beziehen so diejenigen in den Kreis des stillen Protests ein, die vielleicht selbst nicht daran gedacht hätten, dies zu tun. All dies ermöglicht es, die Antikriegshaltung in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und gegen die härtesten Maßnahmen zur Unterdrückung der freien Meinung in Russland durchzusetzen. Diese kleinen Akte des Widerstands ermöglichen es den Menschen, sich nicht als passive Zuschauer, sondern als Akteure des historischen Prozesses zu fühlen, sie bewahren ihre Fähigkeit, die Geschehnisse eigenständig zu beurteilen und damit ihre Selbstachtung.

Repressionen wegen Antikriegs-Akten in Russland seit 2022

OVD-Info ist ein unabhängiges Medienprojekt zum Schutz von Rechten und zu politischer Verfolgung in Russland. Das Team sammelt Daten zu Fällen politischer Repression (u. a. durch eine Hotline), veröffentlicht Informationen sowie Berichte dazu, gibt Rechtsberatung und -beistand. Im Zeitraum vom 24.02.2022 bis zum 23.01.2023 zählte OVD-Info 19.535 Verhaftungen wegen Akten der Antikriegs-Positionierung.

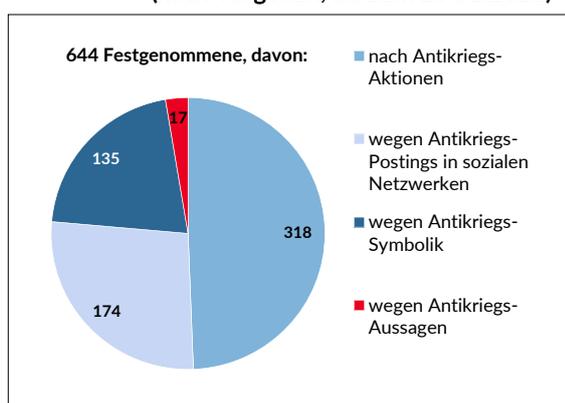
Grafik 1: Anzahl der Festnahmen wegen Antikriegs-Positionierung in Russland (nach Monaten, 24.02.2022 – 23.01.2023)



Quelle: OVD-Info (2023): Swodka antiwoennych repressij. Odinnadzat mesjazew wojny, Janwar 2023 [Überblick über die Repression der Antikriegsaktionen. Elf Monate Krieg, Januar 2023], https://data.ovdinfo.org/svodka-antivoennyh-repressiy-11?_gl=1*3pu54*_ga*MTUyMzYxODMyMS4xNjQ3NDk5Mzc3*_ga_J7DH9NKJ0R*MTY3NDc0MTg4Mi4zNC4xLjE2NzQ3NDMzNjMuNTEuMC4w#2.

Im Detail: Bericht in englischer Sprache: OVD-Info (2023): Summary of Russian wartime repression. Eleven months since the full-scale invasion, January 2023, https://en.ovdinfo.org/summary-russian-wartime-repression-eleven-months-full-scale-invasion-1?_gl=1*1x22y4l*_ga*MzYyMjYyMjQxLjE2NzQ3NDc0MTg4Mi4zNC4xLjE2NzQ3NDMzNjMuNTEuMC4w#2.

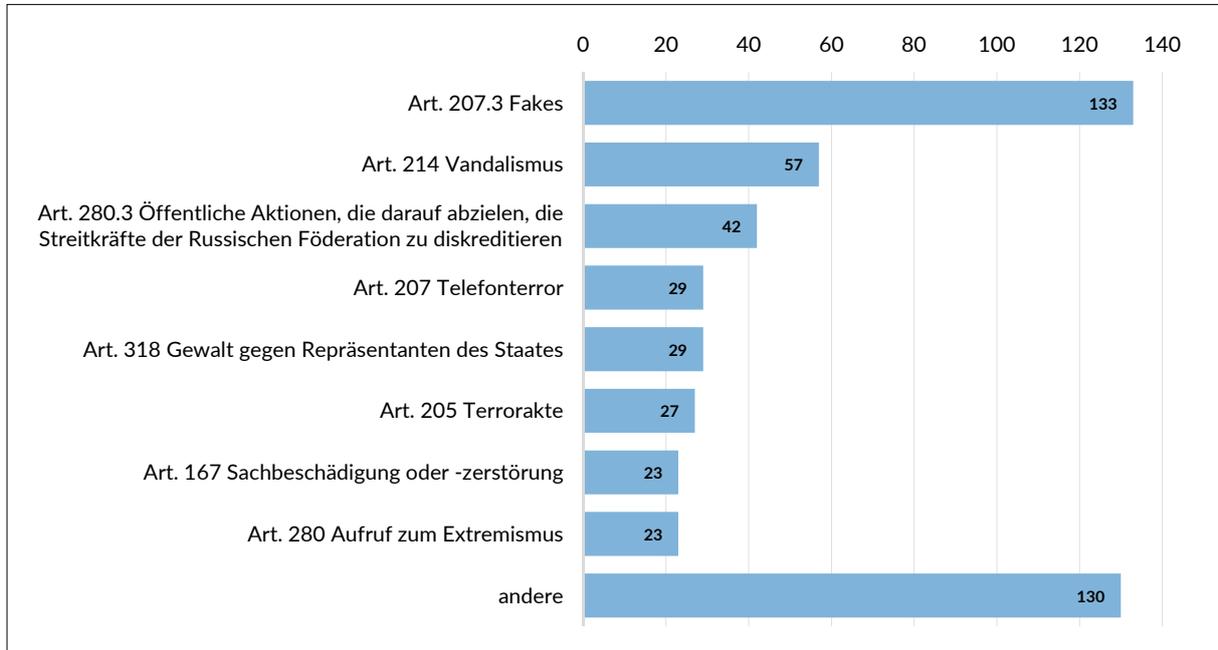
Grafik 2: Anzahl der Festnahmen wegen Antikriegs-Positionierung in Russland ohne eindeutiges Datum (nach Vergehen, bis zum 23.01.2023)



Quelle: OVD-Info (2023): Swodka antiwoennych repressij. Odinnadzat mesjazew wojny, Janwar 2023 [Überblick über die Repression der Antikriegsaktionen. Elf Monate Krieg, Januar 2023], https://data.ovdinfo.org/svodka-antivoennyh-repressiy-11?_gl=1*3pu54*_ga*MTUyMzYxODMyMS4xNjQ3NDk5Mzc3*_ga_J7DH9NKJ0R*MTY3NDc0MTg4Mi4zNC4xLjE2NzQ3NDMzNjMuNTEuMC4w#2.

Im Detail: Bericht in englischer Sprache: OVD-Info (2023): Summary of Russian wartime repression. Eleven months since the full-scale invasion, January 2023, https://en.ovdinfo.org/summary-russian-wartime-repression-eleven-months-full-scale-invasion-1?_gl=1*1x22y4l*_ga*MzYyMjYyMjQxLjE2NzQ3NDc0MTg4Mi4zNC4xLjE2NzQ3NDMzNjMuNTEuMC4w#2.

Grafik 3: Anzahl der Anklagen in Antikriegs-Strafverfahren (nach Straftatbestand (Art. = Artikel des Strafrechtzbuches der Russischen Föderation), 24.02.2022 – 23.01.2023)



Anmerkung: Strafverfahren gegen Personen mit mehreren Anklagepunkten sind einzeln aufgeführt, sodass nicht angeklagte Personen, sondern Straftatbestände gezählt werden.

Quelle: OVD-Info (2023): Swodka antiwoennyh repressij. Odinnadzat mesjazew wojny, Janwar 2023 [Überblick über die Repression der Antikriegsaktionen. Elf Monate Krieg, Januar 2023], https://data.ovdinfo.org/svodka-antivoennyh-repressiy-11?_gl=1*3pu54*_ga*MTUyMzYxODMyMS4xNjQ3NDk5Mzc3*_ga_J7DH9NKJ0R*MTY3NDc0MTg4Mi4zNC4xLjE2NzQ3NDMzNjMuNTEuMC4w#2.

Im Detail: Bericht in englischer Sprache: OVD-Info (2023): Summary of Russian wartime repression. Eleven months since the full-scale invasion, January 2023, https://en.ovdinfo.org/summary-russian-wartime-repression-eleven-months-full-scale-invasion-1?_gl=1*1x22y4!*_ga*MzYyMjYyMjQxLjE2Nzc1ODUzMTA*_ga_J7DH9NKJ0R*MTY3NzU4OTk1Ny4yLjEuMTY3NzU5MDE5OC41Ni4wLjA.#2.

Die Schrecken des Kreml

Maxim Trudoljubow (Meduza)

Der folgende Beitrag des russischen Publizisten Maxim Trudoljubow erschien ursprünglich am 18.01.2023 im Onlinemedium Meduza und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Seit einem Jahr versucht Russland, die Ukraine in einem offenen Angriffskrieg zu unterwerfen. Nach einem massiven Truppenaufgebot entlang der ukrainischen Grenze hatte man im Kreml offenbar mit einem eingeschüchternen Gegner und einem schnellen Durchmarsch bis Kyjiw gerechnet. Doch es kam alles anders: Bereits im März 2022 musste sich die russische Armee aus den Gebieten um die ukrainische Hauptstadt zurückziehen, im Herbst konnte die Ukraine – insbesondere mit Hilfe von Waffenlieferungen der westlichen Verbündeten – große Teile der Oblaste Charkiw und Cherson zurückerobern und leistet weiter massiven Widerstand.

Auf Meduza blickt Maxim Trudoljubow zurück auf dieses Jahr des Schreckens und bilanziert, dass sich die Angst als eine außenpolitische Ressource für Moskau weitgehend erschöpft habe, im Inland jedoch nach wie vor die gewünschte Wirkung zeige.

Die schwindende Macht der Angst

Zu Beginn des Krieges erwarteten Präsident Putin und seine Berater einen schnellen Erfolg mit wenig Kraft-einsatz – Widerstand der Ukraine war jedenfalls nicht eingeplant. Die ukrainische Gesellschaft und vor allem die politische Führung der Ukraine, so hoffte man im Kreml, würde sich von der Truppenzusammenziehung an der Grenze einschüchtern lassen – und später dann vom Einmarsch, der gleich aus mehreren Richtungen erfolgte. Immer wieder erklären Militärexperten, die russische Armee sei nicht stark genug, ukrainisches Territorium zu erobern und zu halten. Mittlerweile belegen nicht nur Hinweise, sondern handfeste Fakten, dass Russland keinen langwierigen Krieg geplant und gehofft hatte, die Ukraine in Schockstarre einzunehmen. Der Sieg in der Ukraine hätte ein »moralischer« werden sollen, errungen nicht durch Gewalt, sondern durch Demonstration von Stärke.

Putin konnte den Widerstandswillen der Ukraine nicht brechen – trotz Tod und Zerstörung

Trotzdem ist die russische Armee fähig, der Ukraine in enormem Ausmaß Tod und Zerstörung beizubringen. Da es Putin nicht gelungen ist, den Widerstandswillen der Ukraine zu brechen, nachdem er also eine moralische Niederlage davongetragen hat, setzt er auf materielle Zerstörung und auf Zermürbung. Daten der UNO zufolge gibt es bereits 18.000 zivile Todesopfer, bis zu 50 Prozent der Energie-Infrastruktur sind zerstört oder beschädigt. An die 40 Prozent der Gesamtbevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Vor dem Hintergrund dieser von Russland verursachten humanitären Katastrophe ist die Furchtlosigkeit der Ukrainer erstaunlich.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, wie wichtig es für Russland in seinen internationalen Beziehungen war, einen starken Eindruck zu machen. Russlands Potenzial brachte andere Länder dazu, Russland zumindest in Fragen der Sicherheit und Energieversorgung ernst zu nehmen, ja sogar auf Russland zu zählen. Indem es diesen Eindruck erweckte, verfügte Russland über eine Wirkmacht, die mehr auf einer Erwartung denn auf Tatsachen beruhte. Das ist jene Art von Macht, die nur so lange wirkt, bis sie vor der Wirklichkeit standhalten muss.

Auch in seinem Energiekrieg gegen Europa setzt der Kreml auf Einschüchterung. Die Europäer hätten sich vor dem Zudrehen des Gashahns fürchten, ihre Abhängigkeit einräumen und um Wiederaufnahme der Gaslieferungen bitten sollen. Den Export von Gas nach Europa hat Russland nicht beschränkt, weil es unter Druck stand, nicht wegen der Sanktionen, sondern freiwillig, um etwas in der Hand zu haben, womit es seinerseits eine Aufhebung der Sanktionen erzwingen kann. Ende September wurde der zu diesem Zeitpunkt bereits minimierte Export über die Pipeline Nord Stream 1 aufgrund einer Sprengung der Rohre vollends eingestellt. Der Kreml schiebt den Anschlag auf die Rohre England und Amerika in die Schuhe, die USA – dem Kreml. Europäische Beamte sprechen von einer möglichen Sabotage, mit unausgesprochenem Verweis auf Russland. Bisher konnte keine der Versionen bewiesen werden.

Europa hat nicht gefroren – trotz 88 Prozent weniger Gas aus Russland

Jedenfalls wurde der Export russischen Gases im ersten Kriegsjahr um 45 Prozent verringert, der nach Europa sogar deutlich mehr, nämlich um 88 Prozent. Dabei hat Europa nicht gefroren, sondern hat es geschafft, in Rekordzeit einen Teil durch Flüssiggas zu ersetzen und

das, was bereits eingelagert war, effizienter zu nutzen. Begünstigt wurde das durch volle Speicher (unter anderem mit schon früher aus Russland bezogenem Gas) und einen milden Winter. Anfang Januar kehrte der Gaspreis am europäischen Handelspunkt TTF auf Vorkriegsniveau zurück. Außerdem hat Deutschland sich schleunigst in Wilhelmshaven ein eigenes Flüssiggas-Terminal zugelegt, das auch bereits in Betrieb ist. Vor dem Krieg gab es kein solches Terminal, weil Politik und Industrie in Deutschland jahrzehntelang von langfristigen, verlässlichen Lieferungen aus Russland ausgingen.

Eine Rückkehr zum früheren gegenseitigen Vertrauen und einer dementsprechenden Kooperation mit Europa und dem Westen wird es in der Energieversorgung nicht mehr geben, auch nicht, wenn die gesprengten Leitungsrohre repariert werden. Der Energiekrieg ist natürlich noch lange nicht beendet, und der nächste Winter kann für Europa schwieriger werden als der aktuelle, allein schon deswegen, weil die Auffüllung der Speicher mit unvorhersehbar teurem Flüssiggas mehr kosten wird als das billige Erdgas. Aber in welche Richtung es geht, ist entschieden: Laut dem Jahresbericht der Internationalen Energieagentur hat der Krieg den Übergang der größten Länder zu erneuerbaren Energien immens beschleunigt. Obwohl sie noch nicht vorherrschen, werden sie größtenteils den wachsenden Energieverbrauch tragen. Der Anteil Russlands am weltweiten Erdöl- und Erdgasmarkt wird diesen Berechnungen zufolge bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent zurückgehen und kaum jemals wieder auf das Vorkriegsniveau zurückkehren. Infolge des eigenen Handelns wird Russland langfristig keine Energie-Supermacht mehr sein.

Drohung mit Atomwaffen – als einseitiger Angriff von Seiten Putins

Der Faktor Angst hätte auch nach Russlands Drohung mit Atomwaffen Wirkung zeigen sollen. Die vielen zuweilen mehr, zuweilen weniger kreativen Äußerungen zu diesem Thema lassen sich so zusammenfassen: Einerseits kann Russland gemäß seiner Militärdoktrin Atomwaffen nur einsetzen, wenn es als Staat von außen mit einer Aggression und Bedrohung konfrontiert ist; andererseits kann Russland auch selbst damit anfangen. Bei einem Treffen mit dem UN-Menschenrechtsrat erklärte Putin, im Grunde könne auch von Seiten Russlands die nukleare Bedrohung eskalieren:

»Zum Thema, dass Russland auf keinen Fall als erstes [Atomwaffen] einsetzen wird. Wenn es sie tatsächlich unter keinen Umständen als erstes einsetzt, dann wird es sie auch nicht als zweites einsetzen. Denn nach einem nuklearen Angriff auf unser Staatsgebiet werden unsere Einsatzmöglichkeiten stark begrenzt sein.«

Stark verkürzt ist das Putins »Philosophie«, mithilfe derer er sich und anderen erklärt: Wäre Russland nicht

in die Ukraine (den Westen) einmarschiert, so hätte der Westen, vertreten durch die Ukraine, Russland angegriffen. Indem Russland den Krieg begonnen hat, versuche es ja nur, ihn zu beenden.

Behalten wir diese Formulierungen im Hinterkopf und sehen uns an, inwieweit sich die jetzige Situation von gefährlichen Scheidewegen in der Geschichte unterscheidet. Das heutige Russland ist in einer anderen Position als die USA 1945, als sie die Atombombe auf Japan warfen. Das Aggressor-Land Japan war am Verlieren, während die USA eine führende Rolle in der siegreichen Anti-Hitler-Koalition innehatten. Später veröffentlichte Dokumente haben gezeigt, dass die Bomben, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, den Ausgang des Krieges kaum beeinflussten und vielmehr eine Machtdemonstration waren, die über 200.000 Zivilisten das Leben kostete.

Auch mit der atomaren Konfrontation des Kalten Krieges hat die heutige Situation keine Ähnlichkeit. Die Nervenduelle während der Kubakrise 1962 und während des Able-Archer-Manövers 1983 entstanden durch die Intransparenz der Handlungen beider Parteien und durch Befürchtungen, das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den beiden Supermächten könnte aus dem Lot geraten. In beiden Fällen hatten die Parteien Angst, der Gegner könnte Oberhand gewinnen oder sogar den »finalen« Krieg beginnen. 1962 hegte die US-Regierung den Verdacht, die UdSSR bereite von Kuba aus einen Atomschlag gegen Amerika vor. 1983 wiederum glaubte die Sowjetunion, dass die westlichen Staaten unter dem Deckmantel von Militärübungen von westeuropäischem Territorium aus einen Atomschlag gegen die UdSSR vorbereiten.

»2022 versucht Putin nicht, ein ins Wanken geratenes Gleichgewicht des Schreckens mit den USA auszugleichen, denn dieses Gleichgewicht war ja jetzt nicht in Gefahr«, schreibt Fiona Hill, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Brookings Institution und ehemalige Beraterin mehrerer US-Präsidenten. »Stattdessen droht Putin mit einem einseitigen Angriff, weil er einen Krieg verliert, den er selbst begonnen hat.«

Heutzutage sind dank hochentwickelter Technologien, darunter nachrichtendienstlichen, alle Pläne und Truppenbewegungen transparent. Der Versuch der Manipulation mit Ängsten aus der Vergangenheit ist so durchschaubar, dass sie weniger erschauern lässt als in früheren Situationen. Die westlichen Gegner in Schockstarre zu versetzen, ist dem Kreml nicht gelungen.

Die russische Gesellschaft wird in Angst versetzt – bereits die gesamten Putinjahre hindurch

die russische Gesellschaft in Angst zu versetzen – das betreibt der Staat bereits die gesamten Putinjahre hin-

durch, und im vergangenen Jahr hat er seinen Aufwand verdreifacht. OWD-Info nennt die Repressionen, die die russischen Behörden im letzten Jahr angestrengt haben, »präzedenzlos«. Die Zahl der Strafverfahren, die allein im letzten Jahr als Folge von Anti-Kriegs-Aktionen eingeleitet wurden (378), ist vergleichbar mit der Zahl aller Verfahren, die in den zehn Jahren davor im Zusammenhang mit repressiven Maßnahmen eingeleitet wurden, angefangen mit den Bolotnaja-Prozessen.

Diese Verfolgungen wurden durch einen kurzfristig ausgearbeiteten Rechtsrahmen ermöglicht. Im vergangenen Jahr wurde das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation (RF) um Paragrafen zur »Verbreitung wesentlicher Falschinformationen über den Einsatz der Streitkräfte der RF« und zu »öffentlichen Handlungen, die den Einsatz der Streitkräfte der RF diskreditieren sollen« erweitert. Strafbar sind nun auch die »vertrauliche« Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten und Organisationen, öffentliche Aufrufe zu Handlungen, die gegen die Staatssicherheit gerichtet sind, und die Verletzung der Vorschriften zum Schutz des Staatsgeheimnisses.

Verabschiedet wurden allgemeine Gesetze zur »Kontrolle der Aktivitäten von Personen, die unter ausländischem Einfluss stehen« (also von allen »ausländischen Agenten«) und Gesetze, die die sogenannte Propaganda »nichttraditioneller sexueller Beziehungen« gänzlich verbieten.

Ein wichtiges Instrument, um Druck auf die Gesellschaft auszuüben, war auch – zweifellos mit Putins Segen – der Aufstieg des Unternehmers Jewgeni Prigoshin. Wobei Prigoshins Höhenflug kein Beweis dafür ist, dass der Staat sein Gewaltmonopol eingebüßt hat, auch wenn es so aussehen mag. Es deutet eher auf den Versuch hin, dieses Monopol auf offenkundig kriminelle Gewalt auszuweiten und sich Verbrecher dienstbar zu machen. Offensichtlich strebt der russische Staat nicht nach Legitimität, wofür das Gewaltmonopol wichtig wäre, sondern nach einer Unterwerfung der Gesellschaft durch Gewalt, materielle Interessen und – offenbar bereits in geringerem Ausmaß – durch Propaganda.

Die Bemühungen des Kreml haben zu einer Polarisierung der Gesellschaft geführt, zu ihrer Unterteilung in ungleiche Gruppen. Ein Großteil unterstützt den Krieg vielleicht nicht, nimmt ihn aber zumindest als unausweichlich hin und sucht nach Möglichkeiten, unter den neuen Gegebenheiten zu überleben oder sogar daran zu verdienen. Wie der Finanzanalyst Alexander Koljandr bemerkte, ist der Kreml damit beschäftigt, eine ganze Schicht von Staatsbürgern zu erzeugen, die an der Fortsetzung des Krieges interessiert ist.

Für hunderttausende Vertragssoldaten und Einberufene ist der Sold höher als jegliche Einkünfte, die sie in Friedenszeiten erzielen konnten. Profitieren können

auch die, die auf die eine oder andere Art an den Rüstungssektor, an Industrien zur Importsubstitution und an neue Importnetze zur Umgehung der Sanktionen angebunden sind. Diese Schichten machen vielleicht gerade mal die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber zahlenmäßig größer als jene Gruppen, die im letzten Jahr emigriert sind – und hier bleibt unberücksichtigt, dass die bereits erfolgte Mobilmachungswelle mit ziemlicher Sicherheit nicht die letzte sein wird. Den mangelnden Kampfgeist ersetzt der Kreml konsequent durch materielle Stimuli und indem es keine Alternativen zu dem neuen Wirtschaftsprogramm gibt.

Mit Einschüchterung und Repressionen ist es dem Kreml gelungen, den Widerstand gegen den Krieg zu unterdrücken und einen Teil der Kriegsgegner aus dem Land zu drängen. Bei sinkenden Einkünften aus Energie- und sonstigen Exporten geht es in erster Linie um die Aufteilung des Staatshaushalts, der zunehmend danach ausgerichtet wird, den Krieg weiterzuführen. Dazu müssen die Menschen entweder ihre Ansichten verbergen oder wetteifern, wer die meiste Loyalität bekundet. Die russische Gesellschaft war offenbar leichter mit Angst in den Griff zu kriegen als die Ukraine, Europa und die USA. Die Angst hat sie gelähmt.

Hört man den russischen Leaders zu, dann haben sie diesen seit 80 Jahren größten Krieg auf europäischem Boden angezettelt, um Sicherheit zu gewährleisten. In der russischen Rhetorik, die auf die Rechtfertigung der Invasion abzielt, sind die Begriffe »Sicherheit« und »Sicherheitsgarantien« ständig zu hören. Fiona Hill nennt das ein systemimmanentes Paradoxon der russischen Politik: Indem der Staat die Priorität der Sicherheit in allen Sphären betont, ist er in Wirklichkeit permanent damit beschäftigt, die Angst hochzupeitschen.

Vor unseren Augen haben Millionen Ukrainer, EU-Bürger und Amerikaner demonstriert, wie man auf solche Manipulationen richtig reagiert. Russlands militärische, energetische und ökonomische Aggression gegen seine Nachbarn und langjährigen Handelspartner bringt unvergleichliche Not und Verluste – momentan natürlich vor allem in der Ukraine. Trotzdem schüren Russlands Handlungen heute weniger Angst als in etlichen früheren brenzligen Situationen.

Offensichtlich bleibt Russland unter der jetzigen Regierung einer der gefährlichsten Staaten der Welt. Das weiß heute jeder – aber niemand weiß, ob das im Fall eines Machtwechsels anders wird. Sich von Moskaus Handlungen auf vielfältige Weise abzusichern, wird daher für die Politik sämtlicher Staaten, die mit Russland zu tun haben, auf Jahrzehnte hinaus Pflichtprogramm sein.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Ruth Altenhofer*

Über den Autor

Maxim Trudoljubow ist Senior Fellow am Kennan-Institut und leitender Redakteur von Meduza. Von 2003 bis 2015 war er Redakteur bei Wedomosti. Seit Herbst 2013 schreibt er Meinungsbeiträge für die New York Times. Maxim Trudoljubow schreibt für das Kennan-Institut den Blog *The Russia File* und ist für Sonderpublikationen zuständig.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://meduza.io/feature/2023/01/18/kreml-vnushaet-uzhas-no-vnushenie-rabotaet-vse-huzhe>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/trudoljubow-jahrestag-angriff-krieg-ukraine>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Meduza und Maxim Trudoljubow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Ein langer Krieg und die »Alleinschuld des Westens«

Präsident Putins Botschaft an die Föderalversammlung am 23. Februar 2023

Hans-Henning Schröder (Bremen)

DOI: 10.31205/RA.433.02

Zusammenfassung

Am 21. Februar 2023 hat der russische Präsident seine jährliche »Botschaft an die Föderalversammlung« vorgetragen. Das war seine Gelegenheit, der Gesellschaft seine Einschätzung der Lage und seine Vorstellungen über die zukünftige Politik vorzustellen, und dem Ausland Russlands Absichten im internationalen Raum zu verdeutlichen. Angesichts des Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, hatte der Präsident einiges zu erklären. Er zog sich aber auf bekannte Begründungen (»Alleinschuld des Westens«) zurück. Innenpolitisch beschränkte er sich auf die Ankündigung verbesserter Sozialleistungen. All das war wenig visionär. Die einzige Überraschung war die Suspendierung der Gespräche über eine Fortsetzung des New START-Vertrages.

Der Präsident spricht endlich zur Föderalversammlung

Ein Jahr nachdem der russische Präsident den Überfall auf die Ukraine angeordnet hat, befindet sich das Land in einer schwierigen Lage. Es führt einen Krieg, den die eigene Führung leugnet und als Polizeiaktion ausgibt – in der offiziellen Diktion eine »militärische Spezialoperation« –, obwohl bereits 300.000 Männer mobilisiert worden sind. Militärische Rückschläge werden verschwiegen. Das System politischer Repression wird verschärft, die Opposition wird unterdrückt, Bürgerrechte werden weiter eingeschränkt. Die Wirtschaft steht unter Sanktionsdruck, die meisten internationalen Abkommen hat Russland gekündigt oder gebrochen. Es wäre an der Zeit die bisherige Politik zu überdenken und eine neue Strategie zu entwerfen, die das Land aus der Sackgasse herausführt. Kurz, der Präsident hätte der Bevölkerung einiges zu erklären.

Eine Gelegenheit, der Gesellschaft seine Einschätzung der Lage und seine Vorstellungen über die zukünftige Politik vorzustellen, ist der Bericht zur Lage der Nation. Das letzte Mal war Präsident Putin am 21. April 2021 mit dem Bericht aufgetreten. Dieser hatte sich vor allem mit der Pandemie-Lage, dem gesunkenen Lebensstandard und der geplanten Regionalreform auseinandergesetzt. Viele Probleme – etwa die Nachwirkungen der Rentenreform von 2018 – wurden seinerzeit nicht behandelt. Auch die damaligen Aussagen über die Außenpolitik konnten wenig optimistisch stimmen. Putins damaliger Bericht entwarf keine Strategie zur Lösung der inneren Probleme, er bot nach außen auch keine Ansatzpunkte für produktive Gespräche mit internationalen Partnern. Im Rückblick kann man sagen, dass dieser Bericht deutlich machte, dass die Putinsche Führung weder den Willen noch die Phantasie zeigte, die großen Probleme des Landes anzugehen und zu lösen.

Im Jahr 2022 ließ der Präsident die »Botschaft« ausfallen, er verzichtete auch auf die beiden anderen großen Dialogformate, in denen er mit der Gesellschaft und dem Ausland zu kommunizieren pflegte: den »Direkten Draht zu Wladimir Putin« (zuletzt im Juni 2021) und die »Große Pressekonferenz« (zuletzt im Dezember 2021). Über die Gründe für diese Pause kann man nur spekulieren. Gewiss spielte eine Rolle, dass sich die »militärische Spezialoperation« zum Krieg ausgewachsen hatte, in dem die russische Seite eine Reihe von Niederlagen erlitt, die in der öffentlichen Kommunikation aber verschwiegen wurde. Möglicherweise spielte auch der Gesundheitszustand des Präsidenten eine Rolle, über den seit etwa 2020 in den sozialen Netzwerken spekuliert wird.

Wie dem auch sei, am 21. Februar 2023 trat der russische Präsident endlich nach einer fast zweijährigen Pause mit seinem Bericht zur Lage der Nation vor die Föderalversammlung.

Russland im ersten Kriegsjahr

Die Putin-Administration befand sich ein Jahr nach Russlands Überfall auf die Ukraine in einer schwierigen Lage. Der ursprüngliche Ansatz, in einer Art von kurzer Polizeiaktion die ukrainische Führung auszuschalten, ein Marionettenregime zu installieren und die USA und die EU-Staaten so vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie es 2014 gelungen war, ist gescheitert. Die russische Invasion hat sich nach Anfangserfolgen festgelaufen, es gab eine Reihe schmerzhafter Rückschläge, die in den russischen Medien verschwiegen wurden. Russland führt einen Krieg, in dem bisher wohl weit über 100.000 junge Russen getötet oder verwundet worden sind; doch die Putin-Administration kommuniziert mit der Bevölkerung nicht über Krieg, sondern hält an der Erzählung von einer Polizeiaktion gegen »Nazis« fest. Die russländische Volkswirtschaft steht unter Druck. Immerhin entfalten die Sanktionen, die die USA, Groß-

britannien und die EU-Staaten verhängt haben, vorläufig nur eine beschränkte Wirkung.

Die Vertrauenswerte für den Präsidenten, die nach der Rentenreform 2018 katastrophal abgesunken waren, zogen im Kontext des Überfalls auf die Ukraine wieder an und erreichten das Niveau von 2011/12, das allerdings deutlich unter den Werten von 2014 lag, als die Annexion der Krim eine patriotische Welle in Russland ausgelöst hatte. Es gab – besonders nach der Mobilisierung von Reservisten im September 2021 – eine wachsende Missstimmung im Lande. Um das Unbehagen in der Gesellschaft einzudämmen, verschärfte die Führung die Repressionsmaßnahmen und setzte die Bürgerrechte mehr oder minder außer Kraft. Dennoch ist, insbesondere nach dem Ausrufen der Teilmobilisierung, in den sozialen Netzwerken eine verbreitete Verdrossenheit zu spüren. Es ist bezeichnend, dass der populäre Fernsehmoderator Dmitrij Kiselew, ein aggressiver Propagandist der offiziellen Linie, am 2. Februar 2023 sein Interview mit dem Außenminister mit folgender Frage eröffnete:

»Die erste Frage ist wahrscheinlich gar nicht professionell, sondern menschlich. Zugleich beschäftigt sie Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen. Wann wird das alles enden?

Sergej Lawrow: Ich kann nicht sagen, dass ich mich nur damit beschäftige. Denn die Diplomaten, die Militärs, die Leute, die die enorm wichtigen Aufgaben lösen, um unsere Unabhängigkeit, die Interessen unserer Kultur, die Interessen der Menschen, die Teil der russischen Kultur sein wollen, zu sichern, denken wahrscheinlich nicht daran, wann es zu Ende sein wird.«

Das war ein erhellender Wortwechsel: selbst jemand wie Kiselew, den man mit Fug und Recht als »Kremlpropagandisten« bezeichnen darf, spürt, dass ein Großteil der Bevölkerung ein Ende des Krieges herbeisehnt. Die Antwort des Außenministers macht deutlich, dass die Beendigung des Krieges für die Führungselite keine Priorität hat – sie wollen den Krieg gewinnen. Ein Riss zwischen Gesellschaft und Führung ist spürbar. Der Präsident hatte also einiges zu erklären.

Der »Westen trägt die Alleinschuld«

Die Föderalversammlung fand 2023 im Festsaal des Gostinyj Dwor statt, der 1.500 Leuten Platz bot. Neben den regulären Angehörigen der Föderalversammlung – den Abgeordneten der beiden Häuser, der Staatsduma und des Föderationsrates –, den Vertretern der Regierung und der Präsidialadministration sowie hohen kirchlichen Würdenträger wurden diesmal auch zahlreiche Militärs aus den in der Ukraine eingesetzten Verbänden eingeladen – ein Signal, dass sich die »Botschaft« in erster Linie mit der »militärischen Spezialoperation« befassen würde. Den Beobachtern fiel auf, dass der

Moskauer Bürgermeister, Sergej Sobjanin, fehlte. Die Medien berichteten, er sei krank. Keine Erklärung gab es für das Fehlen von Ramsan Kadyrow, dem Oberhaupt Tschetscheniens, und des Unternehmers und Söldnerführers Ewgenij Prigoschin. Beide hatten in den letzten Wochen die militärische Führung und den Verteidigungsminister scharf kritisiert, was in den sozialen Netzwerken als Grund für den Ausschluss angenommen wurde.

Präsident Putin eröffnete seine Rede mit einer Beschwörung des »grundsätzlichen unumkehrbaren Umbruchs in der ganzen Welt«. Den Überfall auf die Ukraine – die »militärische Spezialoperation« begründete er mit einer Verschwörung des »Westens«, der die ukrainischen »Neonazis«, die die Ukraine »versklavt« hätten, zum Angriff auf den Donbass vorbereitete und an Russlands Westgrenze Militärbasen errichtete.

»Diese ekelhafte Methode der Täuschung wurde schon viele Male zuvor erprobt. Es ist dieselbe schamlose, verlogene Art und Weise, mit der sie Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien zerstört haben. Sie werden sich niemals von dieser Schande reinwaschen können. Die Konzepte von Ehre, Vertrauen und Anstand bedeuten ihnen nichts.«

Diese Bedrohung und die Terrorangriffe auf die Bevölkerung des Donbass seien der Grund für die Auslösung der Militäroperation gewesen.

Bereits nach dieser Einleitung war klar, dass der Präsident eine diplomatische Lösung des Konflikts ausschließt. Mit Leuten ohne »Ehre, Vertrauen und Anstand« schließt man keine Abkommen, mit »Neonazis« verhandelt man nicht. Er kennzeichnete »den Westen« als böartigen Feind und setzt offenbar auf einen militärischen Sieg.

Die Geschichte des Konfliktes in der Ostukraine seit 2014 bringt er auf eine einfache Formel: »Wir schützen das Leben der Menschen, unser eigenes Zuhause. Und das Ziel des Westens ist unbegrenzte Macht.« »Der Westen« versuche, Russland seine bizarren Werte aufzuzwingen, die die Familie zerstören, kulturelle und nationale Identitäten negieren, bis hin zur Idee eines »gender-neutralen Gottes«. Das münde in eine geistige Katastrophe. Dem stelle sich die russländische Vielvölkergesellschaft entgegen, die die »militärische Spezialoperation« in »echtem Patriotismus« unterstütze.

Es ist »der Westen«, der die Alleinschuld an dem Konflikt trägt:

»Die Verantwortung für das Anheizen des Ukraine-Konflikts, für seine Eskalation und für die steigende Zahl der Opfer liegt allein bei den westlichen Eliten und natürlich bei dem derzeitigen Regime in Kiew, dem das ukrainische Volk im Grunde fremd ist. Das derzeitige ukrainische

Regime dient nicht seinen nationalen Interessen, sondern den Interessen von Drittstaaten.«

Aufbauprogramme und Urlaub für Frontsoldaten

Nach dieser Darstellung seiner Sicht auf die Ursachen des Krieges, wendet der Präsident sich sozialen und ökonomischen Fragen zu.

Er kündigt Aufbauprogramme für die neuen Regionen an, die Familien der Gefallenen und der »Veteranen der militärischen Spezialoperation« sollen durch einen »Besonderen Staatsfonds« unterstützt werden. Die zahlreichen ungelösten Probleme bei der Versorgung der Soldaten und der Mobilisierten müssen, so der Präsident, »in jedem konkreten Fall« gelöst werden. Er kündigt auch an, dass Teilnehmer der Kämpfe jedes halbe Jahr 14 Tage Urlaub erhalten sollen. Damit macht er auch deutlich, dass der Krieg in seiner Vorstellung noch lange dauern wird. Denn nur dann macht die Urlaubsregelung einen Sinn.

Folgerichtig kündigt er eine Verstärkung der Armee an, die Beförderung von Offizieren, die sich im Krieg ausgezeichnet haben, und einen Ausbau von Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung. Die Sanktionen hält der Präsident für wirkungslos. Er unterstellt, diese sollten das Volk treffen, die Gesellschaft destabilisieren. Das sei nicht gelungen; dass »unsere Wirtschaft« stabil sei. Diese werde weiter wachsen, die Infrastruktur werde fortentwickelt, es werde einen Ausbau der Industrie und eine Steigerung der Investitionen geben.

Der Präsident kritisiert zudem grundsätzlich die Westausrichtung der Volkswirtschaft und die Oligarchen, die im Ausland leben und dort ihr Geld ausgeben. Von ihnen fordert er eine patriotische Haltung.

Der Präsident schneidet auch die Themen Kultur und Bildung an, indem junge Wissenschaftler, Kinder und die Familienpolitik gefördert werden sollen, u. a. durch die Verbesserung sozialer Leistungen in diesem Bereich. Der Aufbau in den »neuen Regionen« – d. h. das annektierte ukrainische Gebiet – wird administrativ, kulturell, sozial und ökonomisch als wichtige Aufgabe herausgestellt.

Die Suspendierung des letzten Abrüstungsvertrags

Am Schluss der »Botschaft« geht der Präsident auf die außen- und sicherheitspolitische Situation ein. Er fordert Beziehungen auf Augenhöhe. Und er kündigt eine vorläufige Suspendierung des START-Vertrages an und fordert die Einbeziehung des Nuklearwaffenarsenals Frankreichs und Großbritanniens in dieses Abkommen. Damit kündigt er im Grunde das letzte noch gültige Abrüstungsabkommen auf.

Russland, so der Präsident am Schluss der »Botschaft«, werde jede Herausforderung meistern, »denn

wir alle sind ein Land, ein großes und geeintes Volk. Wir haben Vertrauen in uns selbst, Vertrauen in unsere Stärke. Die Wahrheit ist auf unserer Seite.« Dieses Schlusswort hat einen doppelten Kontext. Zum einen stellt es die aktuelle Situation in den Zusammenhang des »Großen Vaterländischen Krieges« 1941 – 1945, indem es auf die Rede Molotows in Reaktion auf den deutschen Überfall am 22. Juni 1941 anspielt. Molotow hatte seine Rundfunkansprache mit den Worten geschlossen: »Unsere Sache ist gerecht. Der Feind wird geschlagen. Der Sieg wird unser sein!« Zum andern nimmt die Formulierung auf ein geläufiges Zitat aus dem populären Film »Brat 2« aus dem Jahr 2000 Bezug. Dort heißt es: »Ich denke, die Stärke liegt in der Wahrheit: Wer die Wahrheit hat, ist stärker.«

Nichts Neues

Die »Botschaft« des Jahres 2023 enthielt wenig Neues. Die Ausfälle gegen die USA hatte man 2021 bereits gehört, auch damals war »der Westen« schon das Feindbild. Auch das Kriegsziel hatte der Präsident schon ein Jahr zuvor formuliert: die Denazifizierung und die Demilitarisierung der Ukraine – will heißen, der Sturz der verfassungsmäßigen ukrainischen Regierung und die Zerschlagung der ukrainischen Streitkräfte.

Viele Themen wurden nicht behandelt. So schwieg sich der Präsident über den Ablauf des Krieges, über die Rückschläge und die hohen Verluste aus, die die russischen Truppen erlitten hatten. Er beschränkte sich auf die Erklärung, alles werde »Schritt für Schritt, akkurat und konsequent« umgesetzt sowie eine Schweigeminute für die Opfer auf russischer Seite. Naturgemäß ging er nicht auf die Vorwürfe ein, russische Truppen hätten Kriegsverbrechen begangen. Die Spannungen zwischen Generalstab einerseits und Prigoschin und Kadyrow andererseits thematisierte er nicht, ebenso wenig wie die Kritik an der Führung des Ukraine-Feldzugs. Die »Botschaft« traf auch keine Aussagen über eine zweite Mobilisierungswelle, wie es von einigen Medien erwartet wurde.

Die einzige wirkliche Neuigkeit war die Suspendierung der New START-Gespräche. START (Strategic Arms Reduction Treaty) bezeichnete eine Reihe von Abkommen über die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen, die 1991, 1993 und 2010 geschlossen wurden. Die Verhandlungen für ein Anschlussabkommen hat der Präsident jetzt unterbrochen. Damit ist derzeit kein Abrüstungs- und Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und Russland (bzw. der UdSSR) mehr in Kraft.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Erlass des russischen Präsidenten, mit dem er am Tag der Rede seinen eigenen Erlass vom 7. Mai 2012 aufhob. Der Erlass vom Mai 2012 hatte einen außenpolitischen Kurs vorgezeichnet, der nationale Interessen betonte und die Entwicklung einer polyzentrischen Weltordnung för-

dern wollte. Im Einzelnen sah er aber auch eine enge Zusammenarbeit mit den USA bei der Begrenzung der Nuklearwaffenrüstung und die Kooperation mit der EU im Rahmen einer »Modernisierungspartnerschaft« vor. In Krisensituationen bestand der Erlass auf der »Alternativlosigkeit politisch-diplomatischer Regulierungen«. All das ist nun nicht mehr Teil russischer Außenpolitik.

Putins Botschaft an die Föderalversammlung kann nicht optimistisch stimmen. Die russische Führung rich-

tet sich auf einen langen Krieg ein. Den USA und den EU signalisiert sie, dass sie an einer friedlichen Zusammenarbeit nicht interessiert ist. Die eigene Bevölkerung speist man mit einem Paket aus Sozialleistungen und patriotischer Propaganda ab. Einen Ausweg aus der schweren internationalen Krise verspricht das alles nicht. Das Problem der Putinschen Führung ist, dass sie das Land in einen Krieg geführt hat, aber nicht weiß, wie sie ihn beenden kann.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder habilitierte sich 1994 an der Ruhr-Universität Bochum im Fach Osteuropäische Geschichte und lehrte u. a. am Osteuropa-Institut der FU Berlin als apl. Professor »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er hat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin gearbeitet. 2003 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Heiko Pleines die Russland-Analysen gegründet, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis April 2017 war. 2015 – 2016 war er Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die Gründung eines Osteuropa-Instituts.

Lesetipps

- Послание Президента Федеральному Собранию. 21 февраля 2023 года, 13:50, Москва <http://kremlin.ru/events/president/news/70565>, 22. Februar 2023.
- Presidential Address to Federal Assembly. Moscow. February 21, 2023, 13:50. Moscow <http://en.kremlin.ru/events/president/news/70565>, 26. Februar 2023.
- Stanovaya, Tatiana: A Fight for Survival: What Victory Looks Like to Putin <https://carnegieendowment.org/politika/89102>, 27. Februar 2023.
- Laruelle, Marlene: Sobering Lessons from a Year of War. American Committee for US-Russia Accord. acura ViewPoint, February 24, 2023 <https://usrussiaaccord.org/marlene-laruelle-sobering-lessons-from-a-year-of-war/>, 27. Februar 2023.
- Hill, Fiona; Stent, Angela: The Kremlin’s Grand Delusions. What the War in Ukraine Has Revealed About Putin’s Regime, in: Foreign Affairs, 15. Februar 2023 https://www.foreignaffairs.com/ukraine/kremlins-grand-delusions?utm_medium=promo_email&utm_source=special_send&utm_campaign=ukraine_prospects&utm_content=20230222&utm_term=promo-email-prospects, 27. Februar 2023.

Tabelle 1: Die Botschaft an die Föderalversammlung in Zahlen 2000 – 2023

| | Dauer, Minuten | Wörter | Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute) |
|-------------------|----------------|--------|---|
| 22. Februar 2023 | 106 | 10.575 | 100 |
| 21. April 2021 | 79 | 7.975 | 101 |
| 15. Januar 2020 | 73 | 7.612 | 104 |
| 20. Februar 2019 | 87 | 9.851 | 113 |
| 1. März 2018 | 117 | 11.506 | 98 |
| 1. Dezember 2016 | 68 | 7.322 | 108 |
| 3. Dezember 2015 | 57 | 6.197 | 109 |
| 4. Dezember 2014 | 70 | 7.139 | 102 |
| 12. Dezember 2013 | 69 | 7.550 | 109 |
| 12. Dezember 2012 | 81 | 9.159 | 113 |
| 22. Dezember 2011 | 64 | 6.452 | 101 |
| 30. November 2010 | 72 | 7.042 | 98 |

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die Botschaft an die Föderalversammlung in Zahlen 2000 – 2023 (Fortsetzung)

| | Dauer, Minuten | Wörter | Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute) |
|-------------------|----------------|--------|--|
| 12. November 2009 | 100 | 9.548 | 95 |
| 1. November 2008 | 85 | 8.342 | 98 |
| 26. April 2007 | 72 | 8.076 | 112 |
| 10. Mai 2006 | 62 | 6.477 | 104 |
| 25. April 2005 | 48 | 5.220 | 109 |
| 26. Mai 2004 | 47 | 5.207 | 111 |
| 16. Mai 2003 | 65 | 6.005 | 92 |
| 18. April 2002 | 51 | 5.752 | 113 |
| 3. April 2001 | 63 | 6.318 | 100 |
| 8. Juli 2000 | 50 | 5.215 | 104 |

Tabelle 2: Häufigkeit ausgewählter Schlüsselwörter in Putins (2000 – 2007, 2012 – 2023) und Medwedews (2008 – 2011) Botschaften an die Nation 2000 – 2023

| | Wirtschaft | Vergangen- heit | Militär | Krieg | Vaterland | Westen | Ukraine |
|------|------------|--------------------|---------|-------|-----------|--------|---------|
| 2000 | 51 | 2 | 1 | 1 | 4 | 0 | 0 |
| 2001 | 54 | 10 | 2 | 1 | 8 | 0 | 0 |
| 2002 | 58 | 7 | 5 | 3 | 5 | 0 | 0 |
| 2003 | 64 | 9 | 6 | 0 | 4 | 0 | 0 |
| 2004 | 47 | 5 | 10 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| 2005 | 26 | 6 | 3 | 0 | 4 | 1 | 0 |
| 2006 | 30 | 5 | 20 | 2 | 5 | 0 | 0 |
| 2007 | 34 | 8 | 15 | 0 | 8 | 0 | 0 |
| 2008 | 37 | 2 | 9 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 2009 | 33 | 6 | 7 | 3 | 11 | 0 | 0 |
| 2010 | 24 | 4 | 4 | 0 | 4 | 0 | 1 |
| 2011 | 16 | 1 | 10 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 2012 | 36 | 7 | 4 | 4 | 11 | 0 | 1 |
| 2013 | 23 | 5 | 11 | 2 | 3 | 0 | 3 |
| 2014 | 27 | 3 | 1 | 1 | 12 | 2 | 17 |
| 2015 | 31 | 10 | 5 | 2 | 5 | 1 | 0 |
| 2016 | 41 | 5 | 2 | 1 | 8 | 0 | 0 |
| 2018 | 42 | 14 | 19 | 3 | 6 | 0 | 0 |
| 2019 | 29 | 9 | 6 | 1 | 4 | 0 | 0 |
| 2020 | 15 | 6 | 1 | 5 | 8 | 0 | 0 |
| 2021 | 11 | 0 | 4 | 0 | 4 | 2 | 2 |
| 2023 | 44 | 21 | 25 | 13 | 23 | 38 | 18 |

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>